

## **Votum „Weniger militärischer Fluglärm in Meiringen“**

Frau Ratspräsidentin

Herr Polizei- und Militärdirektor

Werte Kolleginnen und Kollegen

Es ist nicht das erste Mal, dass dieses Thema hier im Grossen Rat behandelt wird. Leider ist jedoch die Situation rund um den Militärflugplatz Meiringen noch immer sehr unbefriedigend – sowohl für die lärmgeplagte Bevölkerung als auch für den Tourismus. Die Belastung in der Region ist so stark, dass direkte und indirekte Klagen auch mich als Unterländerin immer wieder erreichen.

Im Januar 2009 haben wir einstimmig eine Motion von Christine Häsler überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben. Der Regierungsrat wurde darin beauftragt, gegenüber dem VBS aktiv für die Reduktion der Fluglärmbelastung in der Region Brienz-Haslital einzustehen und dabei die Forderungen des Kontaktgremiums mitzutragen und diese unmissverständlich zu vertreten. Dies war der Wortlaut der Motion.

Der Regierungsrat hat damals in seiner Antwort festgehalten, dass er sich beim VBS für die Forderungen des Kontaktgremiums unmissverständlich eingesetzt habe. Deshalb wurde die Motion nicht nur überwiesen sondern auch gleich abgeschrieben.

Umso überraschender deshalb die jüngste Stellungnahme des Regierungsrates zum Objektblatt Militärflugplatz Meiringen von Ende Februar 2012. Die Regierung verlangte darin zwar erfreulicherweise, dass die flugfreie Zeit des Kampffjetbetriebs mindestens vier Monate beträgt.

Weiter hält der Regierungsrat jedoch an 4000 Flugbewegungen fest. Dies ist wenig mutig und wird der Lärmproblematik nicht gerecht. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Regierung dem VBS gegenüber unmissverständlich eine stärkere Reduktion der Flugbewegungen – wie vom Kontaktgremium gefordert – vertreten hätte.

Deshalb ist meine heutige Motion nachwievor nötig und wichtig. Die vorliegende Standesinitiative deckt sich mit den Forderungen des Kontaktgremiums. Wie bereits Christine Häsler vor drei Jahren ausgeführt hat, ist das Kontaktgremium breit abgestützt. Zum Kontaktgremium gehören die Gemeinden, Anwohner, das Gewerbe, der Tourismus und

weitere lokale Organisationen. Die Forderungen sind: eine Flugpause von vier Monaten und maximal 2500 Kampffjet-Flugbewegungen pro Jahr.

Dass diese Forderungen keineswegs revolutionär sind, zeigt der Kanton Wallis. Dessen Regierung hat die ETH Lausanne mit einer Studie zur Zukunft des Flughafens in Sitten beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit Ende April 2012 vor. Die Schlussfolgerungen der Studie sind: Die heutige militärische Nutzung des Flughafens (zirka 1000 Kampffjet-Flugbewegungen) führt zu einer massiven Wertminderung des Bodens von 150 bis 180 Millionen Franken und zu einer verstärkten Lärmbelastung. Dies im Vergleich zur Plafonierung der Flugbewegungen auf dem Niveau von 2001, was ca. 570 Flugbewegungen entspricht.

In der Folge und im Wissen um die Studienergebnisse sprach sich die Regierung des Kantons Wallis für die Halbierung der heutigen militärischen Flugbewegungen aus und fordert damit eine maximale Lärmbelastung auf dem Niveau von 2001.

Damit unterstützt die Walliser Regierung eine entsprechende Resolution des Kantonsparlaments, die 2008 über alle Parteigrenzen hinweg mit 81 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung überwiesen wurde.

Es geht bei dieser Thematik also nicht nur um die Lärmproblematik, sondern ganz konkret auch um wirtschaftliche Gründe: um die Wertminderung des Bodens und die Auswirkungen auf den Tourismus.

In einem E-Mail hat mir eine betroffene Person geschrieben: „Gestern und heute wieder, habe ich auf einer Hotelterrasse in Brienz über 100 dB gemessen! (...) So starker Lärm führt zu gesundheitlichen Problemen und Gehörschäden und setzt den Körper unter Stress. Es ist zum Verzweifeln, wenn man sieht wie unsere Gäste nur noch den Kopf schütteln, teils reklamieren und viele abreisen und leider nicht mehr wiederkommen. Unsere Arbeitsplätze im Gastgewerbe und im Tourismus werden durch die VBS-Generäle (...) sabotiert.“

Auch der Walliser Regierung wurde vom VBS gesagt, dass die 1000 Flugbewegungen notwendig sind. Und trotzdem macht sie sich stark für eine massive Senkung. Ein bisschen mehr Mut hätte ich deshalb auch von unserer Regierung erwartet. Die Antwort auf die Motion Häslar Ende 2008 hatte entsprechende Hoffnungen geweckt.

Zum Arbeitsplatz-Argument: Ja, als Sozialdemokratin ist mir der Erhalt von Arbeitsplätzen im Bernbiet sehr wichtig. Aber: Gerade der Tourismus sichert in der Region weit mehr Arbeitsplätze als dies der Militärflugplatz je vermag.

Dem Argument, dass eine Senkung der Luftbewegungen in Meiringen einer Abschaffung der Luftwaffe gleichkomme, muss ich entschieden widersprechen:

Wenn sich die Luftwaffe auf die Aufgabe als Luftpolizei – das heisst Luft zu Luft-Übungen und -Einsätze z.B. gegen Terroristen oder verirrte Flugzeuge etc. – beschränkt, sinken die Anzahl Kampffjet-Bewegungen auf weniger als die Hälfte der heutigen. Damit könnten die Forderungen des Kontaktgremiums erfüllt werden – ohne Mehrbelastung von Payerne, Sitten oder gar der Wiederbelebung von Emmen und Dübendorf. Auf die Übung eines Luftkrieges gegen einen symmetrischen Gegner, was einen vollausgewachsenen europäischen Krieg voraussetzen würde, müsste bei einer Reduktion der Flugbewegungen verzichtet werden.

So stellte auch Korpskommandant Markus Gygax in der NZZ vom 19.11.2011 klar: „Den Luftpolizeidienst im Frieden können wir erfüllen, die Überwachung des World Economic Forum oder anderer Grossanlässe auch. Sobald wir aber länger permanent in der Luft präsent sein müssen, um in einem Konfliktfall reagieren zu können, reichen unsere jetzigen Luftkampfmittel eindeutig nicht.“ Milliarden für einen dermassen definierten „Konfliktfall“ wäre eine Luxusversicherung, welche wir uns schlicht nicht leisten können.

Und jetzt zuletzt noch die Haltung der Bevölkerung in der Region: 2007 gab es überall deutliche Mehrheiten für die Initiative "Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten" von Franz Weber. Für die Initiative bzw. gegen den Fluglärm sprachen sich die Gemeinden wie folgt aus: Brienzwiler 71 Prozent, Hofstetten 68,7 Prozent, Brienz 68,5 Prozent, Schwanden 65,1 Prozent, Meiringen 52 Prozent. Schweizweit wurde die Initiative jedoch mit 68 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Der bernische Grosse Rat hat jetzt bei dieser Standesinitiative die Wahl: Mehr Lebensqualität – oder mehr Lärm und Gefährdung des im Oberland so entscheidenden Wirtschaftszweiges Tourismus.

*Nadine Masshardt, 6. September 2012*